



**STÜRZENBERGER: DIE ISLAM-AUFKLÄRUNG WIRD IMMER
GERICHTSFESTER**

Video-Interview: Freispruch- Urteil Meilenstein für Islamkritik

Ein Reporter des YouTube-Kanals [„Nobel & Frei“](#) führte am 21. Dezember im Rahmen der Weihnachtsfeier des AfD-Kreisverbandes München-Ost ein Interview mit Michael Stürzenberger. Darin berichtet er von der Bedeutung des letzten Freispruch-Urteils am 5. Dezember vor dem Landgericht München, in dem die Einschätzung des Islams als faschistische Ideologie als nicht strafwürdig bewertet wurde. Dies liegt im Trend der Urteile der vergangenen Monate, in denen dem grundgesetzlich verbrieften Recht auf Meinungsfreiheit Vorrang vor dem fadenscheinigen §166 des Strafgesetzbuches „Beleidigung einer Religionsgemeinschaft“ gegeben wird.

So war auch der Freispruch im „Krebsgeschwür“-Prozess, letztlich bestätigt in der fünften Instanz durch das Oberlandesgericht München am 6. Oktober, ein wichtiges Signal. Die Islamkritik wird in Deutschland dadurch weiter gerichtsfest und kann ihre dringend notwendige klare Aufklärungsarbeit über die immens großen Gefahren des Islams

konsequent fortsetzen.

Die Staatsanwaltschaft in München sei aber laut Stürzenberger ein großes Problem, denn sie werde ganz offensichtlich politisch instrumentalisiert. Die Zähigkeit, mit der dort versucht werde, selbst absurde Urteile wie das vom 18. August im Hakenkreuz-Islamfaschismus-Prozess sogar noch zu erhöhen, zeugt von einer geradezu wahnhaften juristischen Hetzjagd gegen einen unerwünschten Islamaufklärer und CSU-Abtrünnigen, der seine alte Partei wegen ihrer Ignorierung des Islam-Problems öffentlich kritisiert. Die Staatsanwaltschaft ist bekanntlich weisungsgebunden, womit dem Missbrauch von oben Tür und Tor geöffnet ist.

Außerdem berichtet Stürzenberger über die Erfahrungen mit Moslems bei den Kundgebungen des Bürgerbegehrens, den Aussichten auf einen neuen Anlauf zu einem Europäischen Islamzentrum in München durch den zwielichtigen Imam Idriz, das derzeitige Ausmaß der Islamisierung in Deutschland und seine Einschätzung der Arbeit der AfD im Bundestag.